

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:266058-2017:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Oldenburg: Dienstleistungen von Architektur-
und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
2017/S 130-266058**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Klinikum Oldenburg AöR
Rahel-Straus-Straße 10
Oldenburg
26133
Deutschland
Kontaktstelle(n): Frank Liebig
E-Mail: liebig.frank@klinikum-oldenburg.de
NUTS-Code: DE943
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.klinikum-oldenburg.de/

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: www.drost-consult.de

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

D&K drost consult GmbH
Kajen 10
Hamburg
20459
Deutschland
Kontaktstelle(n): Kai Degen
Telefon: +49 4036098415
E-Mail: k.degen@drost-consult.de
Fax: +49 4036098411
NUTS-Code: DE600
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.drost-consult.de

Angebote oder Teilhmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:

D&K drost consult GmbH
Kajen 10
Hamburg
20459

Deutschland
Kontaktstelle(n): Kai Degen
Telefon: +49 4036098415
E-Mail: k.degen@drost-consult.de
Fax: +49 4036098411
NUTS-Code: DE600
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.drost-consult.de

- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Andere: Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Oldenburg
- I.5) **Haupttätigkeit(en)**
Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Restrukturierung des Klinikums Oldenburg – Generalplanung für die Leistungsbereiche Objektplanung, Technische Ausrüstung, Tragwerksplanung und Verkehrsanlagen gem. HOAI sowie Brandschutzplanung.
Referenznummer der Bekanntmachung: EuL/2017/004

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71240000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Das Klinikum Oldenburg bietet eine breite medizinische Versorgung unter einem Dach. Es versorgt jährlich mit 832 Betten ca. 132 000 Patienten (Gesamt Stationär und Ambulant) mit steigender Tendenz. Die vorhandenen Strukturen der Krankenversorgung müssen erweitert werden. Dazu soll im östlichen Teil des Geländes mit direkter Anbindung an die Gebäudeteile der Krankenversorgung ein Neubau (ca. 14 000 m² NUF) mit 244 Betten entstehen. Ein weiterer Neubau mit Anbindung an den Bestand soll als Perinatalzentrum (ca. 4 500 m² NUF) die steigenden Anforderungen an die Neonatologie und Geburtshilfe erfüllen. Durch 2 neu zu schaffende Magistralen (ca. 2 400 m²) soll eine übergeordnete Struktur geschaffen werden. Diese Struktur soll das Gebäudensembel verbinden und auf lange Sicht der baulichen Weiterentwicklung des Klinikums einen Rahmen vorgeben.

Die durch die Neubauten freiwerdenden Flächen (ca. 7 370 m² NUF) sollen neu gegliedert und funktional optimiert werden.

Weiteres s. Punkt II.2.4.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 10 000 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE943
Hauptort der Ausführung:
Oldenburg (Oldb), kreisfreie Stadt.

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Für die Gesamtmaßnahme ist ein Kostenrahmen in Höhe von ca. 125 000 000 EUR (KG 200-700, brutto) vorgesehen. Die einzelnen Maßnahmen gliedern sich wie folgt:

- 1) Erweiterungsbau Ost: Zentrale Notfallaufnahme, OP-Anlage (mit Hybrid-OP), Herzkatheter und kardiologische Funktionsdiagnostik, Intensivpflege, Regelpflege und zentrale Sterilgutversorgung. Vorläufiger Kostenrahmen ca. 82 410 000 EUR (KG 200-700, brutto).
- 2) Neubau Perinatalzentrum: Kreißsaal-Bereich mit Sectio-OP, Ambulanzen, Neonatologie- und Wöchnerinnen-Stationen. Vorläufiger Kostenrahmen ca. 25 090 000 EUR (KG 200-700, brutto).
- 3) Neubau Magistralen: Verbindung zwischen den neu gegliederten Funktionsstellen und zwischen den bestehenden Bereichen. Vorläufiger Kostenrahmen ca. 4 920 000 EUR (KG 200-700, brutto).
- 4) Neustrukturierung Bestand: Umgestaltung im Funktionsbau durch Umbauten im Bestand und anschließende Umnutzung. Vorläufiger Kostenrahmen ca. 12 630 000 EUR (KG 200-700, brutto).

Für weitere Informationen s. Anlage Maßnahmenbeschreibung.

Der Auftraggeber geht derzeit von einer Fertigstellung der Gesamtmaßnahme Ende 2024 aus.

Das Büro LUDS Architekten – Ingenieure GmbH (Recklinghausen) hat mit einer architektonischen Studie bei der Erstellung der Masterplanung des Klinikums mitgewirkt.

Das vom Klinikum Oldenburg erarbeitete Raum- und Funktionsprogramm wird derzeit mit dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung abgestimmt und mit der Masterplanung den Bietern (mind. teilweise) im Rahmen der Angebotsphase zur Verfügung gestellt. Die planungsbegleitende Beratung mit der OFD Niedersachsen zur Erstellung der baufachlichen Antragsunterlagen (FA-BAU) ist zeitnah nach Vertragsschluss geplant.

Gemäß § 17 (12) VgV soll das Verfahren in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen abgewickelt werden. Nach einem Teilnahmewettbewerb erfolgt die erste Verhandlungsphase, in der von den ausgewählten Bietern gem. § 76 Abs. 2 VgV Lösungsvorschläge als Bestandteil des Erstangebots abgefordert werden.

In einer zweiten Verhandlungsphase sollen 2 ausgewählte Bieter die Lösungsvorschläge weiter konkretisieren, hierfür sind schriftliche Rückfragen und eine Zwischenpräsentation vorgesehen. Abschließend findet eine Endpräsentation durch die Bieter statt. Die ausgearbeiteten Lösungsvorschläge sind vor der Endpräsentation mit dem Finalen Angebot einzureichen und werden rechnerisch und im Rahmen einer Sachverständigenvorprüfung auf Plausibilität überprüft. Die Vergabestelle behält sich vor, im Falle einer Absage eines Bieters, den rangnächsten Bieter zur Abgabe der geforderten Leistungen aufzufordern um den Wettbewerb im Verfahren zu gewährleisten.

Der Umfang der im Verhandlungsverfahren abgeforderten Leistungen werden unter Punkt VI.3 näher beschrieben.

Die zu vergebenden Leistungen der Generalplanung bestehen aus:

- Leistungsphasen 1 bis 3 des Leistungsbilds Objektplanung gem. § 34 HOAI;
- Leistungsphasen 1 bis 3 des Leistungsbilds Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI für die Planung der Anlagengruppen 1 bis 8;
- Leistungsphasen 1 bis 3 des Leistungsbilds Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI;
- Leistungsphasen 1 bis 3 des Leistungsbilds Verkehrsanlagen gem. § 47 HOAI.

Die Optional zu vergebenden Leistungen werden unter Punkt II.2.11 benannt.

Das Auswahlgremium setzt sich aus Vertretern der Klinikleitung zusammen. Die Oberfinanzdirektion Niedersachsen, das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung und die Stadt Oldenburg werden beratend an der Bewerberauswahl, den Vergabeverhandlungen und den weiteren Verfahrensschritten teilnehmen.

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Kriterien der ersten Phase: / Gewichtung: 0

Qualitätskriterium - Name: 1. Fachlicher Wert / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: 2. Lösungskonzept / Gewichtung: 40

Qualitätskriterium - Name: 3. Qualität / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: 4. Kundendienst / Gewichtung: 5

Qualitätskriterium - Name: 5. Ausführungszeitraum / Gewichtung: 5

Qualitätskriterium - Name: Kriterien der zweiten Phase: / Gewichtung: 0

Qualitätskriterium - Name: 1. Gesamtkonzeption / Gewichtung: 70

Kostenkriterium - Name: Erste Phase: / Gewichtung: 0

Kostenkriterium - Name: 6. Preis/Honorar / Gewichtung: 15

Kostenkriterium - Name: Zweite Phase: / Gewichtung: 0

Kostenkriterium - Name: 2. Preis/Honorar / Gewichtung: 30

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 82

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 4

Höchstzahl: 6

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/ -anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.

Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Generalplanung eingereichten zwei besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1.2011) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-21 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-4,5 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-9 Punkte) und jeweils die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Auftraggeber welche/s nach dem Abschluss der LPH 8 ausgestellt wurde (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den beiden besten Referenzen zusammen maximal 75 Punkte erreicht werden.

Der in § 46 Abs.3 VgV vorgegebene Zeitraum von höchstens 3 Jahren ist für dieses Projekt als vergleichender Betrachtungszeitraum nicht geeignet, da es sich hier um ein Projekt mit einer komplexen und umfangreichen Planungsaufgabe sowie um ein Projekt mit einem überdurchschnittlich langen Planungs-

und Ausführungszeitraum handelt. Um einen ausreichenden Wettbewerb zu gewährleisten, wird der Betrachtungszeitraum auf 6 Jahre erhöht.

Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.

Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

— Leistungsphasen 4 bis 9 des Leistungsbilds Objektplanung gem. § 34 HOAI (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen);

— Leistungsphasen 4 bis 9 des Leistungsbilds Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI für die Planung der Anlagengruppen 1 bis 8 (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

— Leistungsphasen 4 bis 6 des Leistungsbilds Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen);

— Leistungsphasen 4 bis 9 des Leistungsbilds Verkehrsanlagen gem. § 47 HOAI (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

— Brandschutzplanung,

— Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Objektplanung gem. § 34 HOAI, der Technischen Ausrüstung gem. § 55 HOAI, der Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI und der Verkehrsanlagenplanung, gem. § 47 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben der Bewerber gemäß § 122 GWB ff. bzw. § 6 (2) VgV. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

— ausgefüllter Bewerbungsbogen,

— Anlage 1A: Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen (Vordruck);

- Anlage 1B: Eigenerklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
 - Anlage 1C: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß Niedersächsischem Vergabegesetz (Vordruck);
 - Anlage 1D: Eigenerklärung über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben (Vordruck);
 - Anlage 1E: Erklärung zum Abschluss einer kombinierten Projektversicherung (Vordruck);
 - Anlage 1F: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
 - Anlage 1G: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
 - Anlage 1H: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck);
 - Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.2 genannten Deckungssummen (in Kopie);
 - Anlage 3A: Nachweis durch Bescheinigung der beruflichen Befähigung des Bewerbers (in Kopie);
 - Anlage 3B1 bis 3B2: Nachweis der beruflichen Qualifikation der Projektleitung (Studiennachweis);
 - Anlage 3C1 und 3C2: Darstellung von 2 vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Generalplanung (siehe III.1.3 sowie II.2.9) mit Referenzschreiben nach Abschluss der LPH 8;
- Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen.

Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese Unterlagen sind unter der folgenden Adresse herunterzuladen: <http://www.drost-consult.de>

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie den beigefügten Vordrucken und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerbungsbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden weder in der Teilnahme- noch in der Angebotsphase zugelassen.

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Nachforderungen in der Bewerbungs- und Angebotsphase, die nicht firstgerecht eingehen, führen zum Ausschluss am weiteren Verfahren.

Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1 500 000 EUR für Personenschäden, mind. 500 000 EUR für sonstige Schäden). Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bieter die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben ist als

Nachweis ausreichend. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Die Auftraggeberin wird für die geplante Maßnahme eine kombinierte Projektversicherung (Bauherrenversicherung) mit einem externen Versicherer abschließen. Die Bewerber müssen sich bereit erklären, im Falle der Beauftragung, der kombinierten Projektversicherung beizutreten. Die Bewerber erklären sich bereit, dass eine honorarabhängige Prämie in Höhe von 0,9 % des Planerbruttobehalts für diesen Versicherungsschutz an die Auftraggeberin zu entrichten sind.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Objektplanung: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 33 ff HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren (je Jahr; 2014, 2015; 2016). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 2 000 000 EUR (netto) erreichen.

Technische Ausrüstung: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren (je Jahr; 2014, 2015; 2016). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 2 000 000 EUR (netto) erreichen.

Tragwerksplanung: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren (je Jahr; 2014, 2015; 2016). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 1 000 000 EUR (netto) erreichen.

Verkehrsanlagen: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Verkehrsanlagen gem. § 45 ff HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren (je Jahr; 2014, 2015; 2016). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 250 000 EUR (netto) erreichen.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z. B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o. ä.).

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

(A) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

— Architekt/-in gem. § 75 (1) VgV, Nachweis durch Kammereintrag.

(B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier:

Für die Leistungen Objektplanung gem. § 33 ff HOAI:

— Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur gem. § 33 ff HOAI (mind. FH).

Für die Leistungen Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI:

— Abschluss Studium für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI (HLS) (mind. FH),

— Abschluss Studium für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI (ELT)

(mind. FH).

Für die Leistungen Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI:

— Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Bauingenieurwesen (mindestens FH).

Für die Leistungen Verkehrsanlagen gem. § 45 ff HOAI:

— Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Verkehrsplanung (mindestens FH).

Für die Leistungen der Brandschutzplanung:

— Zertifizierte/r Brandschutzplaner/in

Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenem Satz benennen.

(C) Nachweis der erbrachten Leistungen für 2 Projekte für den Leistungsbereich Generalplanung. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1.2011) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 realisiert worden sein. Der in § 46 Abs.3 VgV vorgegebene Zeitraum von höchstens 3 Jahren ist für dieses Projekt als vergleichender Betrachtungszeitraum nicht geeignet, da es sich hier um ein Projekt mit einer komplexen und umfangreichen Planungsaufgabe sowie um ein Projekt mit einem überdurchschnittlich langen Planungs- und Ausführungszeitraum handelt.

Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8, Angabe der Baukosten (KG 300+400 gem. DIN 276), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ ARGE-Partner, der Nennung des Auftraggebers mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Auftraggebers (nach Abschluss LPH 8) einzureichen.

Die 2 vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen.

Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

(D) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter (inklusive Führungskräfte) mit der entsprechenden fachlichen Qualifikation der letzten 3 Jahre (je Jahr 2014, 2015, 2016).

Für die Leistungen Objektplanung gem. § 33 ff HOAI mind. 20 festangestellte Architekten bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur inkl. Bürohhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

Für die Leistungen Technische Ausrüstung (Bereich HLS, Anlagegruppe 1-3) gem. § 53 ff HOAI mind. 15 festangestellte Ingenieure oder Absolventen der Fachrichtung Ingenieurwesen inkl. Bürohhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

Für die Leistungen Technische Ausrüstung (Bereich ELT, Anlagegruppe 4-5) gem. § 53 ff HOAI mind. 5 festangestellte Ingenieure oder Absolventen der Fachrichtung Ingenieurwesen inkl. Bürohhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

Für die Leistungen Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI mind. 10 festangestellte Ingenieure oder Absolventen der Fachrichtung Bauingenieurwesen inkl. Bürohhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

Für die Leistungen Verkehrsanlagen gem. § 45 ff HOAI mind. 2 festangestellte Ingenieure oder Absolventen der Fachrichtung Verkehrsplanung inkl. Bürohhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

Für die Leistungen Objektplanung (Innenarchitektur) gem. § 33 ff HOAI mind. 1 festangestellter Architekt bzw. Absolvent der Fachrichtung Innenarchitektur inkl. Bürohhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

(E) Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlich geförderten Baumaßnahmen nachzuweisen.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (1) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 33 ff HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenem Satz benennen.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 6 (2) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 07/08/2017

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Vorgesehener Ablauf des Verhandlungsverfahrens (voraussichtliche Termine):

1. Verhandlungsphase:

- Versendung der Angebotsaufforderung (1. Phase) 35. KW 2017;
- Einreichung der Erstantgebote 40. KW 2017;
- Verhandlungsgespräche und Präsentation der Lösungsskizze 42. KW 2017.

2. Verhandlungsphase:

- Versenden der Aufforderung zur Abgabe finaler Angebote und Lösungsvorschläge (2. Phase) 44. KW 2017;
- Schriftliche Rückfragen bis zur 46. KW 2017;
- Zwischenpräsentation 49. KW 2017;
- Abgabe der finalen Angebote und Lösungsvorschläge (2. Phase) 1. KW 2018;
- Endpräsentation 5. KW 2018.

Leistungsbild und Honorierung der Lösungsvorschläge in der ersten Phase:

Darstellung von Leitideen zu dem Thema „alters- und demenzsensibles Krankenhaus (inkl. Konsequenzen für die Wegeführung, die Patientenzimmer usw.)“ mit entsprechenden Patientenzimmern sowie Plausibilisierung der Masterplanung mit der Ausbildung von Magistralen und langfristiger Verlagerung des Haupteingangs in Form einer Lösungsskizze im Maßstab 1:1000 (Lageplan, schematische Darstellung der Funktionsbereiche) sowie ergänzende mündliche Erläuterungen. Vor dem Hintergrund des o. g. Leistungsumfangs wird die Leistung des Bieters mit einer Aufwandsentschädigung von 2 500 EUR (netto) seitens des Auftraggebers vergütet. Die von dem Bieter angefertigten Lösungsvorschläge sind dem Auftraggeber mit der Präsentation auszuhändigen und werden dessen Eigentum. Im Übrigen bleibt die Verwertung/Umsetzung der eingereichten Lösungsvorschläge dem Auftraggeber überlassen.

Leistungsbild und Honorierung der Lösungsvorschläge in der zweiten Phase:

Es soll ein Gesamtkonzept für die o. g. bauliche Restrukturierung des Klinikums (Neubauten, Magistralen, Umbau Bestand) erarbeitet und in einer Planung im Maßstab 1:500 dargestellt werden, dass die Schichtung und räumliche Anordnung der einzelnen Funktionsbereiche verdeutlicht. Die funktionalen Zusammenhänge und damit die Funktionsfähigkeit sind zu erläutern. Darüber hinaus sollen 2 Bereiche weiter ausgearbeitet werden. Es sollen Planungsansätze im M 1:200 für die Bereiche zentrale Notaufnahme und Intensivstation ausgearbeitet werden. Vor dem Hintergrund des o. g. Leistungsumfangs (entspricht Teilen der LPH 2 – Vorplanung) wird die Leistung des Bieters mit einer Aufwandsentschädigung von 125 000 EUR (netto) seitens des Auftraggebers vergütet. Im Falle eines Zuschlags, bilden die erbrachten Leistungen den verbindlichen Ausgangspunkt der entwerflichen Weiterbearbeitung durch den Bieter.

Die Aufwandsentschädigung für die zweite Phase sind durch die Bieter bei der finalen Angebotserstellung transparent auszuweisen.

Die von dem Bieter angefertigten Lösungsvorschläge sind dem Auftraggeber mit der Präsentation auszuhändigen und werden dessen Eigentum. Im Übrigen bleibt die Verwertung/Umsetzung der eingereichten Lösungsvorschläge dem Auftraggeber überlassen.

Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail. Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase werden nur in anonymisierter Form ebenfalls auf der vorgenannten Plattform, sowie auf der folgenden Homepage veröffentlicht: <http://www.drost-consult.de/de/projekte/>

Ein Versand der Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase per E-Mail erfolgt nicht.

Das Klinikum beabsichtigt zeitnah, in einem separaten Verfahren Leistungen der Generalplanung für den Neubau eines Labor- und Institutsgebäudes zu vergeben.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Niedersachsen beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Auf der Hude 2
Lüneburg
21339
Deutschland
Telefon: +49 4131151331
E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de
Fax: +49 4131152943
Internet-Adresse: www.bauumwelt.bremen.de

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

Vergabekammer Niedersachsen beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Auf der Hude 2
Lüneburg
21339
Deutschland
Telefon: +49 4131151331
E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de
Fax: +49 4131152943
Internet-Adresse: www.bauumwelt.bremen.de

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 – 4 GWB unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Niedersachsen beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Auf der Hude 2
Lüneburg
21339
Deutschland
Telefon: +49 4131151331
E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de
Fax: +49 4131152943
Internet-Adresse: www.bauumwelt.bremen.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
06/07/2017

